

WER HAT DIE MACHT IN DIESER WELT?

1. Traditionelle Macht...

Traditionell war Außenpolitik Machtpolitik. Es ging darum, einem anderen Land den „eigenen Willen aufzuzwingen“; entsprechend der Definition von „Macht“ durch Max Weber. Die Mittel zur Durchsetzung der eigenen Vorstellungen waren Realpolitik, Staatsräson und Krieg. Diese Politik stützte sich vor allem auf militärische Stärke.

Ausführlich hat der große Theoretiker der Realpolitik, Hans J. Morgenthau, die grundlegenden Elemente der Macht eines Staates aufgezeigt: Geographie und die Ausdehnung eines Landes; Bodenschätze und wirtschaftliche Stärke; Grad der Industrialisierung und die Möglichkeit, die militärische Rüstung auszubauen. Was die heutige Welt betrifft, so zeigt sich dabei folgendes Bild:

- Die Militärausgaben betragen 2018 (in Milliarden US- Dollar): USA 700; China 250; Saudi-Arabien 68; Indien 67; Frankreich 64; Russland 61; (Österreich 3). Die USA gaben also für die Rüstung so viel aus, wie alle anderen größeren Länder zusammen. Das von den USA angeführte Verteidigungsbündnis NATO gibt jährlich 1000 Milliarden Dollar für Rüstung aus und hält 3 Millionen Soldaten unter Waffen.
- Das Bruttonationalprodukt (BIP) betrug 2017 (in Milliarden US-Dollar): USA 19 390; Volksrepublik China 12 000; Japan 4900; Deutschland 3685; Großbritannien 2625; Indien 2611 (Österreich 417 Millionen). Die Länder der EU kamen gemeinsam auf ein BIP von 17 580 Milliarden Dollar; gemessen an der Kaufkraftparität hatte die Volksrepublik China 2017 bereits das größte Bruttonationalprodukt. Vor allem ist New York das Zentrum des Finanzkapitalismus, was den USA die Möglichkeit einräumt, weltweit zu agieren.
- Die bevölkerungsreichsten Staaten der Erde sind (2016 in Millionen): Volksrepublik China 1386; Indien 1329; USA 324; Indonesien 260; Brasilien 206; Pakistan 203. Wie sehr die traditionellen Vorstellungen von Macht und

Größe immer noch unser Bewusstsein prägen, sieht man daran, dass auch heute jene als die „Grossen“ in der Geschichte bezeichnet werden, die Länder erobert und in blutigen Schlachten ihre Feinde besiegt haben, von Alexander dem Großen bis Karl dem Großen; von Julius Caesar bis Napoleon.

2. ...in einer geteilten Welt.

Heute leben wir, was das Machtdenken in der Außenpolitik betrifft, in einer geteilten Welt: für die einen, insbesondere für die USA, ist militärische Macht immer noch die Grundlage ihrer Außenpolitik. Für andere Länder, vor allem in Europa, wurde die Förderung der Wohlfahrt der Bürger auch Ziel der internationalen Beziehungen.

2.1. „american exceptionalism“

Der Glaube an den „american exceptionalism“ ist ein Wesenszug der amerikanischen Außenpolitik. Demnach ist Amerika eine auserwählte Nation, dazu bestimmt, die Welt zu führen und zu regieren. Diese Überzeugung war schon tief verwurzelt im Denken der Gründungsväter und ist begründet im puritanischen, calvinistischen Denken. George W. Bush war nicht der erste, der von einer „Achse des Bösen“ sprach. Schon Oliver Cromwell erklärte 1656 den Kampf gegen die „Achse des Bösen“ zu einer entscheidenden Aufgabe Englands; und stellte dabei fest: der Kampf für Gott ist deckungsgleich mit dem für englische Interessen. Damals waren die Feinde der Papst in Rom und die katholischen Habsburger.

Heute ist die außenpolitische Elite der USA davon überzeugt, dass die internationale Ordnung von den Vereinigten Staaten als „indispensable nation“ angeführt und gelenkt werden muss. Dafür ist militärische Stärke notwendig, denn „Foreign Policy without the backing of the Military is like a base-ball game without a base-ball bat“. Dazu gehört auch, dass die USA nicht an internationale Verträge oder internationale Organisationen gebunden sein wollen; und dass die Souveränität des eigenen Landes auf jeden Fall verteidigt werden muss.

Dieser Glaube der USA an die eigene Sendung wurde immer wieder bestätigt: so ging Amerika als klarer Sieger im Kalten Krieg hervor. Alleine das Einflussgebiet in Europa wurde seither von Ostdeutschland bis Georgien; und von Albanien bis Estland um 1,5 Millionen km² und 150 Millionen Menschen erweitert. Und im Zeitalter der Globalisierung ist die Verschiebung von Einflussphären wohl wichtiger als jene von

Grenzen. Dabei ist auch eines wichtig: Amerika braucht immer einen Feind. Denn der Gute kann seine Tugenden nur dann präsentieren, wenn es auch das Böse gibt. Heute wird „Putin“ diese Rolle des Bösen von der westlichen Propaganda in einem derartigen Ausmaße zugeschrieben, dass sich selbst die russische Opposition schon darüber beklagt hat, man sollte doch aus dem russischen Präsidenten einen Übermenschen machen. Nach Feinden muss immer gesucht werden: so gibt es in Washington ein „Committee on the present danger“, dessen Aufgabe darin besteht, überall auf der Welt mögliche Feinde der USA aufzuspüren. Der frühere Präsidentenberater Stephen K. Bannon ist dabei eine treibende Kraft. Von ihm wird heute China als der große Feind hingestellt, der bekämpft werden muss. Und dass es an Feinden nicht mangelt, sieht man auch daran, dass die USA heute rund um den Globus in einem Dutzend Kriege involviert sind.

2.2. Revolution in der europäischen Diplomatie

Europa ist nach dem Zweiten Weltkrieg einen anderen Weg gegangen. Die „Revolution in der europäischen Diplomatie“ hat bewirkt, dass zunächst die westeuropäischen Staaten mit der Gründung des Europarates Ziel und Mittel ihrer Außenpolitik grundsätzlich geändert haben: seither prägt nicht mehr die traditionelle Machtpolitik die europäische Diplomatie, vielmehr wurde die Förderung der Wohlfahrt der Bürger auch eine Maxime der zwischenstaatlichen Beziehungen.

War es jahrhundertlang oberstes Ziel eines Herrschers bzw. seines Staates, in der internationalen Gemeinschaft als mächtig zu erscheinen, so geht es den europäischen Wohlfahrtsstaaten nunmehr darum, auch durch internationale Beziehungen den Lebensstandard der Bürger zu erhöhen; Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit wurden auch die Grundlagen der Außenpolitik der europäischen Staaten. Konfrontation wurde abgelöst durch Kooperation; „War“ durch „Welfare“. In den USA hat diese Revolution nicht stattgefunden. Im Gegenteil: nach dem Sieg im Kalten Krieg haben sich die Vereinigten Staaten von jenem Grundprinzip abgewendet, wonach das „Gleichgewicht der Mächte“ Frieden und Sicherheit gewährleisten sollte. Sie wollten die „einmalige Gelegenheit“ („unipolar moment“) ergreifen und den alleinigen Führungsanspruch in der Welt erheben.

Damit ergibt sich folgende Situation: obwohl auch heute alle Staaten die Gestaltung ihrer internationalen Beziehungen „Außenpolitik“ nennen, gibt es einen riesigen

Unterschied: die einen setzen zur Durchsetzung ihrer Außenpolitik nach wie vor auf militärische Mittel; andere, wie die europäischen Wohlfahrtsstaaten, nicht mehr. Es ist dies ein klassischer Fall dafür, wie derselbe Begriffsname unterschiedliche Inhalte haben kann.

3. Warum verändert sich die Welt?

Während der letzten Jahrzehnte, etwa seit dem Fall der Berliner Mauer 1989, hat sich die Welt politisch, wirtschaftlich und gesellschaftspolitisch dramatisch verändert. Betrachtet man jene Gestaltungskräfte, die diese Veränderungen bewirkt haben, so kann man feststellen, dass traditionelle Machtfaktoren dabei nur eine untergeordnete oder keine Rolle gespielt haben, während die Macht des Schicksals und des Zufalls; die Macht der Mutigen; der Märkte und selbst der Mythen dabei sehr entscheidend waren.

- Der Fall der Berliner Mauer ist ein Musterbeispiel dafür, wie die „Macht der Mutigen“ über die „Ohnmacht der Mächtigen“ siegen kann. Die DDR hatte mit 170 000 Stasi- Mitarbeitern und Informanten wohl einen der am besten organisierten Repressionsapparate in der Welt. Dennoch wagten mutige Oppositionelle unter hohem persönlichen Risiko den Widerstand; und der Ruf „Wir wollen Veränderungen“ wurde schließlich eine Parole der demonstrierenden Massen. Die wirtschaftliche Krise in der DDR, der schleichende Zerfall des dortigen Staats- und Machtapparates hat dabei wohl genauso eine Rolle gespielt wie die Attraktivität des Lebensstils in Westdeutschland, vom allgemeinen Lebensstandard bis hin zur Popmusik und den Bluejeans bei den jungen Leuten.
- Auch die Supermacht Sowjetunion ist in sich zusammengebrochen, obwohl der Staatsapparat über Millionen von Soldaten; über 60 000 Panzer; über Atomsprengköpfe und Langstreckenraketen verfügte. Sicherlich hat auch hier eine Rolle gespielt, dass die Wirklichkeit des Alltags nur ein Trugbild der offiziellen Ideologie war; dass die Planwirtschaft nicht in der Lage war, auch nur annähernd den Lebensstandard des Westens zu erreichen; und dass im Vielvölkerreich nationales Denken nicht überwunden werden konnte. Die Bürgerrechtler wie Andrej Sacharow oder Alexander Ginsburg behielten die

Oberhand; wobei in diesem Zusammenhang auch der Einfluss von Alexander Solschenizyn genannt werden muss.

Die Gewerkschaftsbewegung Solidarnosc in Polen; Nelson Mandela und Aung Sann Suu Kyi sind weitere Beispiele dafür, wie durch die „Macht der Mutigen“ ganze Systeme verändert werden können

- Die Macht der Märkte hat im Rahmen der Globalisierung, in Verbindung von Technik und Kommunikation, dazu geführt, dass durch die Globalisierung eine neue Welt- Wirtschaftsordnung entstanden ist. Zunächst waren es noch politische Entscheidungen, die bewirkten, dass in den 1980er Jahren Teile der Wirtschaft privatisiert und dereguliert wurden. Es waren aber dann die Kräfte des Marktes, die dazu führten, dass in wesentlichen Bereichen ein weltweiter Wettbewerb entstand. Bis dahin geschützte staatliche Monopole wurden zerschlagen; alleine in China stieg die Stahlproduktion von 46 Millionen t im Jahre 1985 auf 738 Millionen t nur 30 Jahre später. Gewinner dabei waren alle, die sich weltweit durchsetzen konnten; Verlierer diejenigen, die mit dieser Dynamik nicht mithalten konnten, etwa in den traditionellen Industrien. Die Bemühungen von Donald Trump, das Rad zurückzudrehen, zeigen, wie schwierig es ist, von Seiten der Politik auf diese Entwicklung Einfluss zu nehmen. Auch bei der Wirtschafts- und Finanzkrise des Jahres 2008 zeigte sich, dass das Geschehen primär von den Märkten bestimmt wird und die Politik die größten Schwierigkeiten hat zu reagieren; dass Regierungen gerade noch in der Lage sind, Krisen abzuschwächen.
- Ein anderes Phänomen, das die internationalen Beziehungen entscheidend beeinflusst und in vielen Ländern auch Auswirkungen auf die Innenpolitik hat, sind die Migrationsbewegungen. Jetzt gibt es zahlreiche Studien darüber, warum Millionen von Menschen ihre Heimat verlassen, um in Nordamerika oder in Europa eine bessere Zukunft zu finden. Die Kriege im Nahen Osten, politische und soziale Konflikte, hohe Kriminalität und korrupte Regierungen sind genauso Gründe wie fehlende Bildungschancen; hohe Arbeitslosigkeit, hohes Bevölkerungswachstum oder bereits spürbare Auswirkungen des Klimawandels.

Wesentliche Faktoren sind wohl auch, dass sich die Bevölkerung Afrikas von derzeit 1 Milliarde Menschen bis Mitte des Jahrhunderts verdoppeln wird;

während die Bevölkerung Europas um 31 Millionen schrumpfen soll; und 2100 nurmehr 5,7 % der Weltbevölkerung ausmacht. Dazu kommt noch, dass die Menschen etwa in Europa immer älter werden, während der Anteil der Jugend in afrikanischen Ländern immer größer wird.

Nun heißt unsere Frage: Warum verändert sich die Welt? Auch wenn verschiedene Analysen unterschiedliche Antworten darauf geben, kann man eines sagen: hinter diesen ganz entscheidenden Entwicklungen steht nicht ein politischer Gestaltungswille; es gibt kaum Programme, die umgesetzt werden sollen. Die weltweite Migration und selbst einzelne Versuche, Wanderbewegungen zu verlangsamen oder durch Mauern einzudämmen, können kaum einen Erfolg haben, solange in den Herkunftsländern totale Unzufriedenheit, verbunden mit großen Erwartungen, das Denken der Menschen bestimmt.

- Auch das Erstarren des islamischen Fundamentalismus während der letzten Jahrzehnte wirft die Frage auf, wie weit diese Entwicklung geplant oder von politischen Entscheidungen zumindest ermöglicht wurde? Wie weit waren religiöse oder politische Gruppen initiativ? Wesentliche Ziele des Fundamentalismus sind die Rückkehr zum Ur-Islam sowie die Bekämpfung der westlichen Überfremdung. Es geht um die Aufhebung der Trennung zwischen säkularer und spiritueller Autorität. Außerdem hat diese Bewegung eine expansionistische Komponente: die islamische Rechtsordnung, die islamische Weltordnung, sollen in der ganzen Welt herrschen. Die zeitweise vom Westen übernommenen Ideologien wie Nationalismus, Sozialismus oder der Panarabismus haben enttäuscht, weshalb man wieder die eigenen Wurzeln, den Islam, entdeckte. Es war dann diese Verbindung von religiöser Überzeugung und politischem Wollen, die dem islamischen Fundamentalismus seine besondere Kraft verleiht. Wenn dann die USA versuchten, diese religiöse Dynamik auszunutzen, indem sie das Terrornetzwerk Al-Qaida in Afghanistan im Kampf gegen die Sowjetunion unterstützten, dann muss es wohl als „List der Geschichte“ gesehen werden, wenn Amerika nur wenige Jahre später den weltweiten „Krieg gegen den Terror“ erklärte.

- Welche Kräfte und welche Mächte haben jenen gesellschaftlichen und kulturellen Wandel bewirkt, der dazu geführt hat, dass wir heute die Rolle von Staat und Gesellschaft; von Glaube und Kirche, ganz anders sehen, als noch vor wenigen Jahren; und dass sich die Rollenbilder von Mann und Frau; die Akzeptanz verschiedener zwischenmenschlicher Beziehungen oder Berufsbilder entscheidend geändert haben. Die Macht der Minderheiten; Initiativen der kulturellen Avantgarde haben dabei wohl genauso eine Rolle gespielt wie die Bereitschaft junger Menschen, einen gesellschaftlichen Wandel herbeizuführen, auch wenn dies mit Risiken verbunden war. Die politische Macht hat sich dabei oft gerade darauf beschränkt, diesen Wandel nicht zu verhindern bzw. im Nachhinein dafür Rahmenbedingungen zu setzen. Andererseits haben globale Informationssysteme wesentlich dazu beigetragen, dass es für neue Ideen und Ideale ein weltweites Engagement gibt; dass weltweite Standards gesetzt werden, deren Nicht- Einhaltung aufgezeigt werden kann; bzw. deren Verletzung international angeprangert wird. Interessant ist jedenfalls, dass sich der Begriff der „Moderne“ zunächst in Kunst und Kultur durchsetzte, wo neue Inhalte und neue Ausdrucksformen gefunden wurden, bevor es zur Massenproduktion in der Industrie und zur modernen Kriegsführung kam. Später setzte sich in der Kunst die „Post- Moderne“ durch, die Gesellschaft wurde zur Informationsgesellschaft. Generell kann man zu den Entwicklungen der letzten Jahrzehnte jedenfalls folgendes sagen: „Macht“ ist kein absoluter Begriff, sondern hängt, wie General Stanley McChrystal in seinem Buch „Leaders“ ausführt, vom „arrangement among stakeholders“ ab; also von der Art der Machtausübung genauso wie von den Betroffenen; vom Gesamtsystem genauso wie von den Erwartungen der betroffenen Menschen. Wenn TIME in seiner Ausgabe über „Die 100 einflussreichsten Menschen“ 2019 den ägyptischen Fußballer Mohamed Salah, der bei Liverpool spielt, auf der Titelseite zeigt; und dann neben Donald Trump auch noch den Schriftsteller Marlon James und den puerto-ricanischen Sänger Ozuna anführt, entspricht dies voll und ganz jenem Bild, das aufzeigt, wer heute Macht und Einfluss ausübt.

4. Die weltweite Übermacht der USA

4.1. Der Wille zur Macht

Die USA haben den Willen, Macht auszuüben. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und nach dem Sieg im Ersten Golfkrieg erklärte der amerikanische Präsident George Bush (Vater), eine „neue Weltordnung“ sei entstanden. Was war tatsächlich neu? Die USA erkannten in der neuen Situation die einmalige Chance, die Welt alleine zu führen; alleine zu entscheiden, wann und wo militärische Gewalt eingesetzt werden kann; wenn möglich, mit Zustimmung der Vereinten Nationen, wenn notwendig, auch ohne diese.

Francis Fukuyama sprach vom „Ende der Geschichte“, also vom endgültigen Sieg der amerikanischen Vorstellungen von Demokratie und Marktwirtschaft. Es gab aber noch eine wesentliche Neuerung: war die Behandlung der eigenen Bürger bisher eine „innere Angelegenheit“ eines jeden Staates, so stellte die UNO jetzt zum ersten Mal fest, dass die Misshandlung auch eigener Staatsbürger „eine Gefahr für den Frieden“ darstellen kann. Damit wurde den USA das Recht eingeräumt, im Irak, einem souveränen Staat, mit der Operation „Provide Comfort“ Sicherheitszonen zu kontrollieren, also beliebig einzugreifen.

In einer „Defense Planning Guidance“ wurde noch unter Verteidigungsminister Dick Cheney 1992 festgelegt, dass es die „politische und militärische Mission der USA ist, zu verhindern, dass irgendwo auf der Welt eine Militärmacht entsteht, die den amerikanischen Führungsanspruch infrage stellen könnte“. Damit sollte die militärische Vorherrschaft der USA für alle Zukunft festgelegt werden.

Unter Präsident Bill Clinton wurden dann die Militärinterventionen unter dem Schlagwort „Liberaler Interventionismus“ bzw. „Humanitäre Aktionen“ in Bosnien, im Kosovo und auf Haiti weiter ausgebaut. Außerdem gelang es damit, für die NATO eine neue Aufgabe zu finden. Unter dem Motto „amerikanische Werte“ zu verteidigen, konnte man überall dort eingreifen, wo es um amerikanische Interessen ging. Dabei wurde auch weitgehend eine Übereinstimmung zwischen „Liberalem Internationalismus“ und „Neokonservatismus“ erreicht. Demokratische Institutionen und liberale Werte sollten auf der ganzen Welt verankert werden.

Denn, so die offizielle Darstellung, Demokratien würden keine Kriege gegeneinander führen. Wie auch immer; den USA wurde damit die Möglichkeit eröffnet, weltweit einzugreifen; wenn notwendig durch „regime change“ Regierungen nach dem eigenen Ebenbild zu schaffen.

4.2. Kriege immer und überall

Die Anschläge vom 11. September 2001 führte zu einer weiteren Militarisierung der amerikanischen Außenpolitik. In den darauffolgenden sieben Jahren ist das US-Verteidigungsbudget um 80 % gestiegen. Von den 1,6 Millionen amerikanischen Soldaten sind heute 500 000 im Ausland stationiert; auf 800 Militärbasen in 172 Ländern. Die USA haben 50 formelle Verbündete auf allen Kontinenten; während im Vergleich dazu China vielleicht einen hat, nämlich Nordkorea.

Noch 2001 erfolgte der Einmarsch in Afghanistan, um das Land dafür zu bestrafen, dass es Al-Quaida Terroristen Unterschlupf gewährt hat. Dann folgten 2003 die Invasion des Irak; in darauffolgenden Jahren Beteiligungen an den Kämpfen in Libyen, Syrien und im Jemen. US- Spezialeinheiten sind aber auch in Niger und Somalia; sowie in Mali, Thailand, Jordanien und anderen Gegenden der Welt eingesetzt. 2017 dienten 37 813 US- Soldaten in geheimen Missionen (New York Times vom Oktober 2017). In Japan sind 40 000 US- Truppen stationiert; in Südkorea 24 000; in Deutschland 36 000; in Großbritannien 8300; in der Türkei 1400 sowie 6500 in Bahrain und 3000 in Katar.

Bezeichnend ist auch eines: als Präsident Trump beschloss, die US- Truppen nur aus einem dieser Kriegsschauplätze, nämlich aus Syrien zurückzuziehen, wurde er von weiten Teilen der öffentlichen Meinung als „verantwortungslos“ und als „Isolationist“ kritisiert.

Eine wesentliche Grundlage für den „Kampf gegen den Terrorismus“ und das damit verbundene weltweite Engagement ist die „National Security Strategy“ (NSS) vom September 2002. Darin wird festgehalten, dass die USA im Kampf gegen den Terror nicht zögern, alleine und vorbeugend vorzugehen. Damit wurden Präventivkriege ein offizieller Teil der amerikanischen Militärstrategie.

Die „Revolution in Military Affairs“ trug ebenfalls dazu bei, den Glauben an die Unüberwindlichkeit der US- Streitkräfte zu stärken. Demnach ist durch den technischen Fortschritt die Zerstörungskraft der Waffen so entscheidend gesteigert

worden, dass weder auf der Welt noch im Weltall irgendjemand der Militärmacht der USA Widerstand leisten könnte. Tatsächlich haben die USA noch unter Präsident Bush (Sohn) ein Militärkommando „CYBERCOM“ eingerichtet, das bereits 2011 über 200 Cyberangriffe durchführte.

Schon vor Jahren wurde Russland für Cyberangriffe gegen Ziele in Estland und Georgien verantwortlich gemacht. Bücher über die neuen „Cyber-Armeen Putins“ wurden geschrieben. Den Chinesen wird immer wieder vorgeworfen, über Cyberattacken Wirtschaftsspionage zu betreiben. Generell kann man wohl davon ausgehen, dass in einer Zeit, in der Informationssysteme das Leben im Frieden und im Krieg entscheidend bestimmen, viel Kraft dafür aufgewendet wird, diese im Ernstfall zerstören zu können. Schon unter Präsident Obama haben die USA militärische Einsätze von Drohnen massiv ausgebaut. Bereits 2013 verfügten die US-Streitkräfte über 11 000 Drohnen, mit denen 8000 Menschen getötet wurden, darunter allerdings auch, trotz der angeblichen Zielgenauigkeit, eine erhebliche Anzahl von Zivilisten. Wenn es also das Ziel eines Drohnen- Einsatzes ist, verdeckt und ferngesteuert Gegner auszuschalten, dann wurde dieses sicherlich erreicht. Wie weit damit auch eine Terrorgesinnung zurückgedrängt werden kann, ist eine ganz andere Frage.

Jedenfalls kann man davon ausgehen, dass, was die militärische Stärke betrifft, die USA am Boden, in der Luft, im Wasser und im Weltraum sowohl bei den klassischen Waffen als auch bei den modernen Robotern keinen gleichwertigen Gegner hat.

4.3. Ersatzkriege

Wenn die USA neben der bewaffneten Macht auch andere Mittel einsetzen, um ihren Willen durchzusetzen, dann wohl deshalb, weil Kriege teuer sind und unpopulärer werden, je länger sie dauern; und trotz militärischer Überlegenheit offensichtlich schwer zu gewinnen sind. In Form des Justiz- Imperialismus, der Wirtschaftskriege und der Propagandakriege wurden daher verschiedene Formen von „Ersatzkriegen“ entwickelt.

4.3.1. „might is right“

Nach dem Motto „might is right“ praktizieren die USA einen weltweiten Justiz-Imperialismus. Auch wenn Sanktionen von Washington völkerrechtswidrig verhängt wurden, werden jene verfolgt, die sich nicht daran halten. Wenn grenzüberschreitende

Geldüberweisungen in Dollar durchgeführt wurden, nimmt die US- Justiz das Recht in Anspruch, Ermittlungen durchzuführen. So wurde im Dezember 2018 die Finanzchefin des chinesischen Technologiekonzerns Huawei auf Verlangen der US- Justiz in Kanada festgenommen; von Österreich verlangt man die Auslieferung eines bis dahin unbescholtenen ukrainischen Konzernchefs, Dymytro Firtasch; in der Schweiz wurden Spitzenfunktionäre des Welt- Fußballverbandes FIFA verhaftet, damit sie an die USA ausgeliefert werden.

Andererseits werden wesentliche internationale Verträge von den USA nicht anerkannt: sie haben weder das KYOTO- Abkommen ratifiziert; noch den Internationalen Strafgerichtshof anerkannt; und haben sich einseitig vom Atomabkommen zurückgezogen, das zwischen der internationalen Gemeinschaft und dem Iran abgeschlossen wurde. Wer amerikanischen Interessen entgegensteht, muss bestraft werden. Dabei beruft man sich, wenn notwendig, auch auf Gesetze aus dem 18. Jahrhundert, wie den „Alien Tort Claims Act“ von 1789, genauso wie auf Sanktionen, die man selber willkürlich verhängt hat.

4.3.2. Wirtschaftskriege

Dies ist auch die Haltung, die den Wirtschaftskriegen zu Grunde liegt. Wesentlich dabei ist wohl, dass es meistens um mehr geht als um Wirtschaftsfragen, auch wenn diese alleine schon sehr bedeutend sind: so lag der Gesamtwert des US- Warenhandel mit China 2018 bei \$ 660 Milliarden\$, wobei \$ 120 Milliarden auf den Export und \$ 540 Milliarden auf den Import von Waren entfielen. Schon vergangene US- Administrationen an haben China dafür kritisiert, dass es WTO- Regeln nicht einhält; Erfindungen kopiert und die eigene Währung manipuliert, um handelspolitische Vorteile zu erzielen.

Für die Vereinigten Staaten war die eigene wirtschaftliche Stärke immer Teil der „nationalen Sicherheit“. Wenn China jetzt dabei ist, im Rahmen der „Neuen Seidenstraße“ weltweit riesige Infrastruktur- Projekte auszubauen, dann zeigt dies, dass es im Wirtschaftskrieg mit den USA auch um die künftige geopolitische Vorherrschaft geht. So ist es auch zu erklären, dass die 25 US- Geheimdienste nicht nur im „Krieg gegen den Terror“ eingeschaltet werden, wie es offiziell heißt, sondern auch, um amerikanischen Unternehmen jene Informationen zu beschaffen, die man

gegen die ausländische Konkurrenz braucht. Das berichteten zumindest französische Medien.

Auch wenn die USA wirtschaftlich nicht so dominant aufgestellt sind wie militärisch und das chinesische BIP das amerikanische erst gegen 2030 überholen wird, so sind die USA nach wie vor Weltspitze im Bereich „Forschung & Entwicklung“. Die stark wachsende Staatsschuld, die 2000 nur 35 % des BIP betrug, 2023 aber 100 % erreichen wird, beeinträchtigt wohl den US- Führungsanspruch, wie das schwindende Vertrauen in die politischen Institutionen des Landes. Immerhin ist Amerika aber machtpolitisch wesentlich besser aufgestellt als es die weltweite Führungsmacht Großbritannien zur Zeit des Ersten Weltkriegs war: England war damals die drittgrößte Militärmacht; mit dem viertgrößten BIP; konnte aber dennoch eine weltweite Führungsrolle ausüben.

Das Ziel des derzeitigen Wirtschaftskrieges mit China und der Maßnahmen gegen Europa ist es jedenfalls nicht nur, amerikanischen Konzernen zu ermöglichen, ihre Produkte frei verkaufen zu können. Es geht um die Führungsrolle in der Weltwirtschaft und darum, wie die wirtschaftlichen Kräfteverhältnisse in Zukunft neu verteilt werden. In diesem Zusammenhang sind wohl auch die Bemühungen der BRIC-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China) zu sehen, ein alternatives Währungssystem zu schaffen, um in einem künftigen Welt- Währungssystem die Rolle des Dollar zurückzudrängen.

4.3.3. Propagandakriege

In einer Informationsgesellschaft wie der unseren spielt die Werbung eine große Rolle. In diesem Sinne kann man davon ausgehen, dass alle Länder, aber insbesondere die Großmächte, für ihre Interessen bzw. ihren ideologischen Standpunkt werben. Unterschiedliche Auffassungen werden propagandistisch dargelegt, was immer wieder zu Propagandakriegen führt. Da dabei auch die Geheimdienste eingeschaltet werden, ist oft nicht klar ersichtlich, was normale Berichterstattung ist bzw. welche Nachrichten gelenkt und bewusst gesteuert werden. Manchmal wird erst nach einiger Zeit klar, wie weit sich die realen Gegebenheiten von den offiziellen Darstellungen unterscheiden haben.

So haben etwa die USA bei zahlreichen internationalen Vorfällen ihre Verantwortung zunächst geleugnet; vom Abschuss des U-2 Aufklärungsflugzeugs; beim „Golf von

Tonkin“-Zwischenfall; bis zu den Massenvernichtungswaffen im Irak, die es nie gegeben hat. Entscheidend ist, dass die Vereinigten Staaten ihren Propaganda-Apparat nach Ende des Kalten Krieges nicht abgebaut, sondern ausgebaut haben. Wesentlich ist auch, dass führende Medien des Westens, bei aller Kritik, die immer wieder geübt wird, eine offensive Linie gegen Konkurrenten vertreten: „Putin will eine neue Weltordnung“, liest man immer wieder, obwohl die Machtbasis des russischen Präsidenten nur einen Bruchteil von der des Westens beträgt. „China rüstet auf“, obwohl das chinesische Militärbudget kaum ein Drittel des amerikanischen beträgt. Saddam Hussein wurde als „Gefahr für den Weltfrieden“ dargestellt; seine Armee wurde allerdings im Zweiten Golfkrieg in wenigen Tagen besiegt.

Gleichzeitig werden die USA als „wohlwollende Führungsmacht“ dargestellt; ihre militärischen Interventionen dienen demnach „dem Frieden“ und der „Stabilität einer Region“. Wie auch immer die Realität ist, es fällt schwer, bei derartigen Darstellungen an eine objektive Berichterstattung zu glauben.

Die Macht der Sprache bzw. der gewählten Worte spielt dabei eine nicht unerhebliche Rolle. Will man zur Realität der amerikanischen Außenpolitik vordringen, muss man vorher einen Nebelschleier idealistischer Phrasen durchdringen. So wird die Politik von Präsident Woodrow Wilson, der die USA in den Ersten Weltkrieg geführt hat, als schlechthin idealistisch hingestellt. Nachdem Wilson seinen Wahlkampf 1916 noch damit geführt hat, sein Land aus dem Krieg in Europa herauszuhalten, schickte er dann doch US- Truppen, „to end all wars“; und „to make the world safe for democracy“, wie die offizielle Begründung hieß. Tatsächlich ging es darum, jene Kriegskredite zu retten, die bei einer Niederlage Englands verloren gegangen wären.

Auch heute geben die USA jährlich \$ 2 Milliarden für „democracy-promotion“ aus. Darunter fallen wohl die Ausgaben für die Vorbereitung der „farbigen Revolutionen“ genauso wie die Unterstützung des Sturzes jener Regierungen, die Washington nicht genehm sind. Wie weit ist es Propaganda, wenn „mehr Rüstung“ mit „mehr Sicherheit“ gleichgesetzt wird; oder wenn höhere Rüstungsausgaben mit „mehr Verantwortung übernehmen“ gleichgesetzt werden? Wenn immer wieder zu lesen ist, die „NATO muss gerettet werden“, da sie für den Weltfrieden unerlässlich ist, so kann dies durchaus der Überzeugung des Autors entsprechen, ist aber zugleich Propaganda.

Natürlich haben auch andere Länder ihre Propaganda- Einrichtungen: Russia Today (RT), der russische Fernsehsender, wird immer wieder beschuldigt, ein Sprachrohr Putins zu sein. Tatsächlich ist RT mehr eine Plattform für kritische Geister aus dem

Westen, die hinsichtlich Politik, Wirtschaft und Gesellschaft nicht unbedingt die offiziell vertretenen Meinungen teilen. Und die Volksrepublik China verfügt weltweit über ein ausgedehntes Netz von Konfuzius- Instituten, deren Aufgabe es ist, chinesische Sprache und Kultur zu fördern.

Aber auch in diesem Bereich haben die USA einen gewaltigen Vorteil, weil die US-Medien weltweit mehr beachtet werden, als alle anderen; weil die US- Kulturszene und Hollywood prägend sind; und weil die jungen Chinesen in Scharen an amerikanische Universitäten kommen, um dort zu studieren und nicht umgekehrt.

5. Neue Rahmenbedingungen der Machtausübung

Wenn es den USA gelungen ist, vor allem militärisch, aber auch wirtschaftlich eine weltweite Übermacht aufzubauen, wie es sie wohl seit dem Römischen Reich nicht mehr gegeben hat, dann erhebt sich doch die Frage, warum es Amerika dennoch nicht gelingt, seinen Willen weltweit bedingungslos durchzusetzen.

Ein entscheidender Grund liegt wohl darin, dass sich sowohl innerstaatlich als auch international die Bedingungen, in deren Rahmen Macht ausgeübt werden kann, dramatisch verändert haben. So musste sich die Bildungs- und Informationsrevolution dahingehend auswirken, dass es schwerer wurde, einen politischen Willen durchzusetzen. Es gibt neue Dimensionen von Sicherheit und Macht; sowie eine „Revolution in NON-military Affairs“. Darüber hinaus hat die Vielzahl der neuen Player dazu geführt, dass das Machtmonopol der Staaten gebrochen wurde.

Die Bildungs- und Informationsrevolution

Noch nie in der Geschichte wurde so vielen jungen Menschen der Zugang zu einer schulischen Bildung und Ausbildung eröffnet wie heute. Das führte dazu, dass Menschen selbstbewusster und kritischer wurden; Politik wird hinterfragt; man ist nicht mehr bereit, den Willen anderer einfach hinzunehmen. Die Informationsrevolution hat diese Tendenz verstärkt.

Entwicklungen und Ereignisse, die früher akzeptiert wurden oder akzeptiert werden mussten, stoßen nunmehr auf Widerstand. Das gilt nicht nur für die großen Ereignisse wie Kriege und Militäreinsätze, sondern betrifft auch Fragen des Umweltschutzes, der Entwicklungshilfe, der Sicherheit oder der Menschenrechte.

Seit der Aufklärung gehört es zu den europäischen Bildungsidealen, die Entwicklung der Welt zu erklären und die Möglichkeiten einer rationalen Umgestaltung im Sinne des Fortschritts zu fördern. Die Erfüllung dieser Erwartungen erhoffte man sich vor

allem im Rahmen des Nationalstaates. Immer mehr fordert man nun auch von der „internationalen Gemeinschaft“ in diesem Sinne tätig zu werden. Die Bildungsrevolution hat das Interesse vieler Menschen erhöht, daran mitzuwirken; gleichzeitig wird Machtpolitik kritisch hinterfragt und mit Misstrauen betrachtet.

Die Bildungsrevolution hat auch die Macht der „soft power“ gestärkt: Menschen können verfolgen, welcher Lebensstil für sie der attraktivste ist; welchen Vorbildern sie folgen wollen. Die Informationsrevolution hat bewirkt, dass man auf der ganzen Welt sehen kann, was sich selbst in den entlegensten Winkeln tut. Dadurch entsteht ein Gefühl der Betroffenheit, manchmal auch der Mitverantwortung. Damit geht es in den internationalen Beziehungen nicht mehr nur um die Beziehungen zwischen Staaten und Regierungen, auch das Schicksal der Menschen wurde Teil des außenpolitischen Geschehens. Machthaber müssen darauf Rücksicht nehmen. Es wurde wesentlich schwieriger, die Ausübung von Macht zu legitimieren.

5.1. Neue Dimensionen von Sicherheit und Macht

1000 Jahre lang war internationale Sicherheit eine militärisch verankerte Sicherheit. Ein starkes Heer sollte dafür sorgen, dass ein Land nicht von einem anderen überfallen oder unterdrückt werden konnte. In diesem Sinne war Macht vor allem militärische Macht: derjenige, der über die stärkeren Truppen verfügte bzw. es besser verstand, diese einzusetzen, war in der Lage, dem anderen seinen Willen aufzuzwingen.

War also die internationale Sicherheit die längste Zeit zu 90 % eine militärische Sicherheit, so ist die internationale Sicherheit heute nur mehr zu 10 % militärisch begründet; dementsprechend ist Macht heute nur mehr zu 10 % militärische Macht.

Was hat sich geändert? Ging es früher im Bereich der zwischenstaatlichen Sicherheit um die eine entscheidende Frage: Wer ist der Stärkere?, so umfasst die internationale Sicherheit heute viele Aspekte- praktisch alle Bereiche, die den Bürger im Wohlfahrtsstaat berühren: der Wohlfahrtsstaat hat eine internationale Dimension erhalten, von der Sicherheit der Lebensbedingungen bis zur Sicherheit der Währung; von der Sicherheit der Gesundheit bis zur Sicherung der Umwelt; von der Gewährleistung der Menschenrechte bis hin zur Bildung und Ausbildung. Es geht heute um „Human Security“, also darum, dass sich die Menschen in den verschiedensten Lebensbereichen wohl und sicher fühlen.

Wie will man diese Sicherheitsfragen durch bewaffnete Konflikte lösen? Diese unterschiedlichen Aspekte der Sicherheit verlangen viel mehr internationale Zusammenarbeit und gegenseitiges Vertrauen, ansonsten können sie nicht gelöst werden. Auch jene Entwicklungen, die dabei vor allem durch Märkte und Technologien bestimmt werden können selbst dann, wenn sie eine Bedrohung darstellen, kaum militärisch gelöst werden.

Analog dazu hat sich auch die Struktur der Macht geändert: es gibt heute eine Vielzahl von Playern, weit über die staatlichen Akteure hinaus, die Macht ausüben. Unzählige NGOs, Konzerne, Medien, ja private Akteure sind auf den Plan getreten und haben somit zu einer Aufsplitterung der Macht geführt.

Die Revolution in „NON-military Affairs“

Ganze Bibliotheken wurden über die „Revolution in military Affairs“ geschrieben, also darüber, dass die moderne Technik die Kriegsführung revolutioniert hat; dass moderne Waffen eine nie gekannte Präzision und Schlagkraft erreicht haben; so dass insbesondere die US- Streitkräfte in der Lage sind, die ganze Welt und darüber hinaus den Weltraum zu erobern.

Das mag alles stimmen. Aber gleichzeitig hat sich auch das Umfeld, in dem Kriege geführt werden, dramatisch geändert:

- Jahrhundertlang gehörten Kriege und die Anwendung von Gewalt zur Normalität der internationalen Beziehungen und wurden akzeptiert. Kriege waren eben die „Verlängerung der Politik mit anderen Mitteln“. Heute nicht mehr; das Völkerrecht verbietet die Anwendung von Gewalt. Es gibt zahlreiche Verträge, die es untersagen, Kriege zu führen und die Satzung der Vereinten Nationen verbietet die Anwendung von Gewalt. Erlaubt sind nur mehr die Selbstverteidigung und militärische Einsätze, die vom UNO- Sicherheitsrat genehmigt wurden. Kriege führen heißt, töten und zerstören. Daran hat sich nichts geändert. Neu ist aber heute, dass die Welt dabei zuschaut. Der Einfluss der Massenmedien, die über Kampfhandlungen direkt berichten, kann kaum hoch genug eingeschätzt werden. Wenn Menschen in ihrem Wohnzimmer mitverfolgen können, wie am Schlachtfeld getötet wird oder ganze Landstriche zerstört werden, dann wird es für eine jede Armeeführung schwieriger, Truppen beliebig einzusetzen.

- Am 1. Juli 2002 hat der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) seine Tätigkeit aufgenommen. Dieser Gerichtshof wurde von 123 Staaten der Erde anerkannt und ahndet Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und Völkermord. Schon vorher wurden internationale Strafgerichte für das ehemalige Jugoslawien und für Ruanda geschaffen, um Vergehen zu ahnden, die während der Konflikte in diesen Ländern begangen wurden. Auch wenn einige Mächte wie die USA, China oder Russland den IStGH nicht anerkennen, so wurde durch seine Gründung von einem großen Teil der internationalen Gemeinschaft zum Ausdruck gebracht, dass Kriege und Kriegsverbrechen nicht mehr ein normaler Teil der internationalen Beziehungen sind.
- Nicht unwesentlich ist auch, dass sich die Haltung zum Heldentum geändert hat. Seit Urzeiten galt es als „schön und ruhmreich, auf dem Feld der Ehre zu sterben“. Noch im Ersten Weltkrieg sprach der kommandierende englische General von einem „glorreichen Tag“, als in den ersten 12 Stunden der Offensive an der Somme sein Land 60 000 Opfer zu beklagen hatte. Heute müssen selbst Berufsarmeen alles tun, um Opfer in den eigenen Reihen zu vermeiden. Und das „Feld der Ehre“ hat sich weitgehend vom Schlachtfeld auf das Fußballfeld verlagert. Es ist jedenfalls wesentlich schwieriger geworden, Kriege zu führen und Schlachten zu gewinnen. Das zeigen nicht nur die nun schon Jahrzehnte dauernden Kriege in Afghanistan und im Irak. Auch den „Krieg gegen den Terror“ kann man kaum als großen Erfolg bezeichnen, gibt es doch heute viermal mehr islamische Terroristen als im September 2001 (wie die New York Times im November 2018 berichteten). Aber wie kann man tatsächlich Utopien, die auf das Jenseits ausgerichtet sind, entzaubern? Wie kann man jemandem Halt und Heimat geben, der entwurzelt ist?

Offensichtlich ist es kaum möglich, diese Ziele mit militärischen Mitteln zu erreichen. Es ist daher unverständlich, dass in einer Zeit, in der die meisten Bedrohungen nicht-militärischer Natur sind, die bewaffnete Gewalt immer noch als Lösung der Probleme angesehen wird. Wie wäre es sonst möglich, dass im Rahmen der NATO verlangt wird, die Rüstungsausgaben der Mitgliedstaaten auf 2 % des BIP festzulegen? Denn eines ist in den letzten Jahren klar geworden: selbst ein militärischer Sieg bedeutet noch lange nicht, dass die gegebenen politischen Probleme gelöst werden.

5.2. Die neuen Player

Die neue Machtaufteilung in den internationalen Beziehungen hat in einem ganz entscheidenden Ausmaß auch deshalb stattgefunden, weil neben den bisherigen Akteuren, den Nationalstaaten, neue Player auf den Plan getreten sind. Diesen gelang es, neues politisches Denken zu mobilisieren und so umzusetzen, dass bestehende Strukturen dem Druck nicht standhalten konnten. Von diesen neuen Playern sollten hier die NON-gouvernementalen Organisationen (NGOs); die alten und die neuen Medien; sowie die multinationalen Konzerne näher betrachtet werden.

- In den letzten Jahren ist die Zahl der NGOs fast ins Unermessliche gestiegen. Ausgehend von der Studentenbewegung 1968 hat das Bewusstsein zugenommen, die Welt nicht mehr so hinzunehmen, wie sie ist. Organisationen wie Amnesty International im Bereich der Menschenrechte; Green Peace im Umweltbereich oder Oxfam für die Entwicklungshilfe zeigen, dass sie, oft in Zusammenarbeit mit den Medien, viel bewegen können. Das Olympische Komitee ist in der Lage, Staaten Legitimation und Ansehen zu verleihen; und die FIFA organisiert Fußballturniere, die auf der ganzen Welt von Millionen von Menschen verfolgt werden. In vielen Bereichen ist es den NGOs gelungen, jenen Raum auszufüllen, der zwischen Bürgern und Regierungen besteht, womit dann der Anspruch erhoben wurde, eine neue internationale „Civil Society“ darzustellen.
- Alte und neue Medien spielen in den internationalen Beziehungen auch deshalb eine neue Rolle, weil es ihnen gelungen ist, einen weltweiten Aktionsradius herzustellen. CNN, Al-Jazeera, France 24 oder RT berichten nicht nur weltweit, sie sind auch imstande, an den verschiedensten Orten der Welt die öffentliche Meinung zu mobilisieren. Es wurden Foren geschaffen, mit denen internationale Ereignisse „live“ verfolgt, kommentiert und gesteuert werden können. Dazu kommt noch eines: Fernsehauftritte verschaffen Legitimität. Haben Regierungschefs früher ihre Politik zunächst vor den nationalen Parlamenten verkündet, so wartet heute alles auf Pressekonferenzen, um über Sanktionen, Kriege oder Friedensgespräche informiert zu werden. Das geht so weit, dass schon gesagt wurde: was nicht auf CNN ist, gibt es im internationalen Geschehen nicht. Die neuen Medien- Mobiltelefone; Facebook oder Twitter,

haben Millionen von Menschen die Möglichkeit gegeben, das internationale Geschehen nicht nur zu verfolgen und zu kommentieren, sondern auch, die eigene Meinung öffentlich zu demonstrieren, wie das etwa in beeindruckender Weise beim „Arabischen Frühling“ geschehen ist. Dabei hat man auch sehr deutlich gesehen, dass es leichter ist, mithilfe der neuen Netzwerke Widerstand zu organisieren, als neue politische Strukturen aufzubauen oder dafür eine Mehrheit zu finden. Hat es früher in jeder Generation vielleicht eine Revolution gegeben, so gibt es heute weltweit gleichzeitig eine Vielfalt von Protestbewegungen, von den „Gelbwesten“ in Frankreich bis zur Massenflucht in Venezuela; vom Sturz des Präsidenten in Algerien bis zu jenem im Sudan. Manche Plätze sind als Orte des Protestes in die Schlagzeilen eingegangen: Tahrir-Square in Kairo; Azadi in Teheran oder der Maidan in Kiew. Die durch die neuen Medien ermöglichte Kommunikation hat die Mobilisierung der Massen wesentlich erleichtert. Im Zeitalter der neuen Medien kann sich jeder als Experte, Schiedsrichter, ja selbst als Akteur im Bereich der internationalen Beziehungen fühlen. George Clooney, Prinzessin Diana oder Bernard-Henry Lévy haben das in eindrucksvoller Weise demonstriert. Dabei hat sich allerdings gezeigt, dass es leichter ist, den Süd- Sudan als selbstständig zu erklären, als diesen als funktionsfähigen Staat einzurichten; oder NATO- Bombardements in Libyen zu initiieren, als dort ein Chaos zu verhindern.

- Die multinationalen Konzerne haben nicht nur dazu beigetragen, dass der Weltmarkt eine einigende Kraft wurde, es sind auch neue Player in den internationalen Beziehungen entstanden. Ihre Macht ist größer als jene vieler Staaten, weil sie es sind, die die Spielregeln bestimmen, von der Auswahl der Standorte bis hin zur Steuerpolitik. Um welche Größenordnungen es sich dabei handelt zeigt der Marktwert, den einzelne Konzerne 2018 erreichten: Apple \$ 913 Milliarden; Amazon 842; Google 815; Microsoft 775; Facebook 572; im Vergleich dazu erzielte Coca-Cola an der Börse einen Wert von \$ 189 Milliarden.

Jedenfalls kann man sagen, dass die neuen Player Wesensmerkmale der Machtausübung wesentlich geändert haben: es genügt nicht mehr, Staaten bzw. deren Regierungen für die eigenen Interessen zu gewinnen, es geht vielmehr darum,

Menschen bzw. Bürger zu überzeugen. Die Zahl derer, die in Entscheidungsprozessen eingebunden sind, ist dramatisch gewachsen; ebenso die Zahl jener, die von der Richtigkeit politische Entscheidungen überzeugt werden müssen. Außerdem muss man heute nicht Bürger einer Großmacht sein, um im Wohlstand zu leben. Wozu dann noch Kriege führen und andere Länder erobern, wenn es auch kleineren Gemeinwesen gelingen kann, Wohlstand zu schaffen. All diese Entwicklungen haben jedenfalls dazu beigetragen, dass die Allmacht der USA eingedämmt wurde. Viele Menschen wollen auch nicht mehr akzeptieren, dass ein „Hegemon“ für den Rest der Welt Regeln aufstellt, an die er sich selber nicht hält.

6. Kommt es zum großen Krieg?

Auch in der Nationalen Sicherheitsstrategie, die von Washington im Dezember 2017 präsentiert wurde, wurden die USA nicht nur als Garant der internationalen Ordnung dargestellt, sondern auch als ein Land, das in seiner gesamten Geschichte „eine Kraft des Guten“ war. Russland und China hingegen werden als feindliche Staaten gesehen, weil sie nach einer Neugestaltung der internationalen Ordnung trachten. Denn die USA wollen nicht nur den alleinigen, weltweiten Führungsanspruch erhalten, sie sind auch dagegen, dass andere Länder, selbst in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft, eigene Interessen verfolgen. Denn, wie Hillary Clinton als Außenministerin einmal sagte, „die Zeit der nationalen Interessensphären ist vorbei“; was aus dem Mund der Vertreterin eines Landes, das Hunderte Militärbasen rund um die Welt unterhält, fast wie Ironie klingt.

Nun ist in den letzten Jahrzehnten mit China eine Wirtschaftsmacht entstanden, die durchaus gewillt ist, ihren Einfluss auch machtpolitisch auszunutzen. Das Lieblingsprojekt von Präsident Xi Jinping, die „Belt and Road“ Initiative, mag zunächst als große Vision erscheinen. Tatsächlich aber gibt Peking für Infrastruktur- Projekte, für Häfen und für wirtschaftliche Zusammenarbeit Milliarden Dollar aus, natürlich auch um seine politische Macht auszuweiten.

Von Washington aus wird die chinesische Politik als ein revisionistisches Unterfangen angesehen, das die bestehende Ordnung und damit den Frieden gefährdet. Ein wesentlicher Faktor, der diese Haltung unterstützt: jene Stimmen sowohl in der Wissenschaft als auch in der öffentlichen Meinung, die die Auffassung vertreten, diese Entwicklung könne nur auf einen Krieg zwischen den USA und China hinauslaufen. Ein Bestseller wurde das Buch von Graham Alistair „Destined for War“ (ohne

Fragezeichen), worin auf die „Thukydides-Falle“ verwiesen wird. Der griechische Historiker hat schon vor 2500 Jahren ausgeführt, dass es zwischen einer aufstrebenden Macht und einer bestehenden Vormacht zwangsläufig zum Krieg kommen muss, wie das zwischen Athen und Sparta der Fall war.

Aber auch John Mearshheimer spricht in seinem Buch „The Tragedy of Great Power Politics“ davon, dass zwischen Großmächten eine „destructive rivalry“ unausweichlich ist. Und schon Samuel P. Huntington widmet das letzte Kapitel seines Buches „The Clash of Civilizations and the Remaking of World Order“ kriegerischen Auseinandersetzungen.

In den Medien wird diese Auffassung, oft verbunden mit der Aufforderung, die Rüstungsausgaben zu erhöhen, immer wieder unterstützt. Dabei bezieht man sich oft auf historische Beispiele, so als hätte die Menschheit in Jahrhunderten und Jahrtausenden nichts dazugelernt. Im April 2019 etwa erschien in der New York Times ein Artikel unter der Überschrift „Resembling the French at Agincourt“. Dabei wird auf jene Schlacht von 1415 verwiesen, die wir aus Shakespeare kennen und bei der die Franzosen deshalb verloren haben, weil sie der neuen Technologie der Engländer, den „Langbogen“, nicht gewachsen waren. Klare Schlussfolgerung: Amerika muss mehr rüsten, um die kommenden Kriege gewinnen zu können.

In Europa ist es gelungen, das traditionelle Machtdenken zu überwinden und auch die Außenpolitik auf das Wohl der Bürger auszurichten. Die große Frage ist, ob diese Entwicklung auch auf anderen Kontinenten, insbesondere in Amerika, möglich sein wird.

(*) Dr. Wendelin Ettmayer; Abgeordneter zum Nationalrat a.D.; ehemaliger österreichischer Botschafter in Finnland & Estland; Kanada & Jamaika; beim Europarat; Autor; www.wendelinettmayer.at